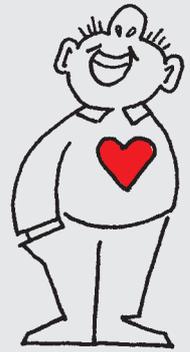




MALXE BLATT



mit Herz und Schnauze

9/2010

DIE LINKE. -Zeitung für Forst und Umgebung



Was lange währt ... wird nicht immer gut

Als Antwort auf eine Anfrage unserer Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung zur Entscheidung der Verkehrsführung am Marktplatz, zum zeitlichen Ablauf der Planungen und wer welche Entscheidung getroffen hat, erhielten wir vom Fachbereich Bauen eine umfangreiche Auflistung von Fakten und Daten.



Daraus ist zu erkennen, dass die Maßnahme 1998 mit einem Städtebaulichen Ideenwettbewerb begann und über vier Legislaturperioden von mehreren Ausschüssen, in denen zum Teil immer wie-

der andere Abgeordnete mitwirkten, begleitet wurde. Zwischen 2006 und 2008 trat dann die wichtigste Phase ein, in welcher konkrete Entscheidungen zur Gestaltung und technischen Ausführung durch den Planungsausschuss und den Bauausschuss getroffen wurden. Erst Mitte 2009 wurden der Hauptausschuss und die Stadtverordnetenversammlung zu Fragen der Verkehrsführung einbezogen.

Als dieser Beschluss, der die Fahrgasse hinter der Kirche zwischen Mühlenstraße und Straße am Markt zum Fußgängerbereich erklären sollte, Mitte Juli 2009 in die SVV kam, wurde auf Antrag der SPD-Fraktion die Verkehrsfreigabe für Busse und Fahrzeuge bis 3,5 t entgegen den bestätigten Planungen mit der Mehrheit der Stadtverordneten und

ohne die Stimmen unserer Fraktion beschlossen.

Die Folge dieser Entscheidung sind zusätzliche Kosten, bisher in Höhe von ca. 20.000 Euro. Über die in Folge dieser Veränderung entstehenden zusätzlichen Kosten, bisher über 20.000 Euro, machten sich die Befürworter genau so wenig Gedanken wie bei ihrer Entscheidung, den Wochenmarkt künftig auf dem Marktplatz zu veranstalten. Dieser gilt durch seine Pflasterung nicht als barrierefrei und bereitet vielen und besonders älteren Menschen große Schwierigkeiten.

*Anke Schwarzenberg,
Stadtverordnete*

*Heinz-Peter Bischoff,
Stadtverordneter*

EINLADUNG

Was bringt uns die Polizeireform?

Die vom Innenminister eingesetzte Expertenkommission hat ihren Bericht zur Polizeistrukturreform vorgelegt. Landesregierung und Landtag sollen anhand dieser Empfehlungen im September/Oktober Entscheidungen treffen. Vor diesem Hintergrund wollen wir in einer öffentlichen Mitglieder- und Informationsveranstaltung für alle Interessierten die Polizeireform und ihre Auswirkungen besprechen.

Thema: Was beinhaltet die Polizeireform und welche Auswirkungen sind zu erwarten?

Gast: Jürgen Maresch, MdL Brandenburg

Ort: Bürgerzentrum

Zeit: 27.09.2010 18:30 Uhr

Ortsvorstand Die Linke



Nasse Füße

Nach 29 Jahren erlebte unsere Region wieder ein Hochwasser an Neiße und Spree. Nachdem es am Samstag, dem 7. August, am

Oberlauf der Flüsse heftig geregnet hatte und zusätzlich ein Damm in Polen gebrochen war, stieg der Pegel der Neiße in Görlitz innerhalb kürzester Zeit um mehrere Meter. Damit war auch bei uns im Spree-Neiße-Kreis klar, dass diese Flutwelle zeitnah unsere Region erreicht. In Spremberg, wo die Spree Probleme bereitete, hatte man dies rechtzeitig erkannt und bereits am Sonntag Schutzmaßnahmen eingeleitet. Betroffene Bürger wurden über Lautsprecherdurchsagen vorgewarnt. An der Neiße im Raum Forst allerdings gab es keine Informationen. Weil zwischen Görlitz und Bademeusel keine Pegel existieren, an denen der Wasserstand abgelesen werden kann, war es angeblich weder der Kreisverwaltung noch dem Rathaus

möglich, rechtzeitig zu handeln. Wenn aber das Hochwasser in Görlitz und Bad Muskau als Vorwarnung für uns nicht ausreicht, dann bleibt die Frage, was denn noch geschehen muss, bevor Behörden in Stadt und Landkreis aktiv werden. Die Folgen des Hochwassers blieben überschaubar, weil die Deiche zum Glück nicht überflutet wurden. Einige Zentimeter mehr Wasser und es hätte katastrophale Zustände gegeben. Die Besitzer der Gärten an der Neiße wären allerdings für jede Vorwarnung dankbar gewesen. So mancher Sachwert wäre vom Hochwasser verschont geblieben. Im Gegensatz zu den Verwaltungen, haben viele Bürger die Situation eher erkannt und ihre Nachbarn an den Deichen unterstützt. Auch Feuerwehr und Rettungsdienste erfüllten ihre Aufgaben. Dafür gilt allen, die sich beteiligt haben, unser Dank. Für die Stadt- und Kreisverwaltung allerdings gibt es viel aufzuarbeiten.

*Ingo Paeschke,
Stadt- und Kreistagsabgeordneter*

Schorschels Stadtgeflüster

Hallöchen, ihr treuen MB-Leser, nachdem sich vor langer Zeit die DDR selbst abgeschafft hat, indem sie an- oder ausgeschlossen wurde, schafft sich nun nach neuesten Veröffentlichungen die BRD ebenfalls ab. Die Gefahr komme wohl diesmal nicht aus dem Osten, sondern südöstlich, meint Herr Sarrazin!

Da das aber bedeuten würde, dass dieser Herr sich auch abschafft und das ganze System gleich mit, können wir getrost in die Zukunft schauen. Das GEN der Dummheit kann auch eine noch so hinterhältige Provokation nicht verschleiern, auch nicht in Buchform!

Wir Forster schaffen uns aber bestimmt noch schneller ab, wenn in Zukunft auf dem Marktplatz mit Eisenkugeln (Boccia-Spiel) geschmissen wird. Jetzt weiß ich endlich, warum sich die rechts von den Linken stehenden Stadtverordneten so vehement für den Autoverkehr rund um den Markt einsetzen. Die Autos sollen die Marktbesucher vor den Boccia-Kugeln schützen! Das nenne ich Weit-sicht – ansonsten ist der Platanenhain eine gelungene Sache und lädt die Marktbesucher zum Verweilen ein, vorausgesetzt, sie kommen heil über die Straße. Bis demnächst auf ein Schwätzchen im Platanenhain verbeibe ich als

Euer *Schorschel*

Spruch des Monats

»Eine selbstbewusste Gesellschaft kann viele Narren ertragen.«

John Steinbeck



AG Soziales – DIE LINKE.

Die AG Soziales tagte am 14.08.2010 und konnte dazu die Landtagsabgeordnete Birgit Wöllert begrüßen. Birgit erläuterte den Mitgliedern der AG

die Antworten auf den von der AG gestellten Fragenkatalog zum Thema Sucht. Neben lobenden Worten über die konstruktive Arbeit der AG, sprach sie sich dafür aus, dass die AG gezielte Zuarbeiten für die politische Arbeit der Stadt- und Kreistagsfraktion zu sozialen Themen produzieren könnte. Hartmut Klausnitzer berichtete den AG-Mitgliedern über die Arbeit und Arbeitsweise der Werkstatt für Men-

Ein Forster Genosse wandte sich mit seiner Meinung zum »Sparpaket« der Bundesregierung an Prof. Dr.-Ing. Martin Neumann, Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion für Forschungspolitik:

Sehr geehrter Herr Dr. Neumann, demnächst entscheiden Sie im Bundestag über das Sparpaket der Regierung. Ich halte die Sparbeschlüsse für sozial völlig unausgewogen, denn sie belasten einseitig Erwerbslose, Geringverdienende und Familien. Spitzenverdiener/-innen und Vermögende werden verschont, obwohl sie vor der Wirtschaftskrise von riskanten Geschäften an den Finanzmärkten überproportional profitiert haben. Diese Politik steigert soziale Ungleichheit und untergräbt den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Als Abgeordneten aus meinem Wahlkreis fordere ich Sie auf: Setzen Sie sich

im Bundestag dafür ein, dass die angekündigten Kürzungen im Sozialressort nicht umgesetzt werden. Gestalten Sie stattdessen eine gerechte Steuerpolitik. Beteiligen Sie auch Spitzenverdiener/-innen und Vermögende über einen höheren Spitzensteuersatz und eine Vermögensteuer an der Haushaltssanierung. Auch die Verursacher/-innen der Krise müssen über eine wirksame Finanztransaktionssteuer deutlich stärker als geplant an den Kosten beteiligt werden! Ich freue mich auf Ihre Antwort.

Mit freundlichen Grüßen

Wolfgang Franke
(zurzeit arbeitslos)

Auszüge aus dem Antwortschreiben:

(Den vollständigen Text finden Sie auf unserer Internetseite)

Sehr geehrter Herr Franke, haben Sie besten Dank für Ihr Schreiben und die darin enthaltene Kritik am Sparpaket der Bundesregierung. Gerne möchte ich Ihnen erläutern, warum wir die beschlossene Aufteilung der Sparanstrengungen für fair und richtig halten. Die angestrebten Maßnahmen sind ein ausgewogenes Sparprogramm, weil sie alle Teile der Gesellschaft einbeziehen und dazu geeignet sind, die Vorgaben des Grundgesetzes einzuhalten. Der Finanzsektor, die Wirtschaft, die öffentliche Verwaltung, aber auch die Empfänger ineffizienter Doppelleistungen des Sozialsystems müssen ihren Beitrag dazu leisten, die Staatsfinanzen zu sanieren und für mehr Generationengerechtigkeit zu sorgen.

Wir werden allein im Jahre 2011 einsparen:

- 5,3 Mrd. Euro bei Unternehmen und steuerlichen Subventionen,

- 5 Mrd. Euro durch Optimierung im Sozialbereich und
- 2,3 Mrd. Euro beim Staat.

Der Vorwurf des 'sozialen Kahlschlags' und der einseitigen Belastung der 'Schwächsten' in der Gesellschaft trägt nicht. Der Anteil der Sozialausgaben am Bundeshaushalt beträgt deutlich mehr als die Hälfte, während die Sparmaßnahmen im Bereich des Arbeitslosengelds II und beim Elterngeld knapp ein Drittel der Einsparsumme ausmachen. Dieses Beispiel macht deutlich, dass wir auf eine soziale Balance geachtet haben. Der Bildungsbereich ist von Sparmaßnahmen komplett ausgenommen – davon profitieren auch Kinder aus Hartz-IV-Familien. Forschung, Bildung und Entwicklung sind und bleiben ein Schwerpunkt der christlich-liberalen Koalition. Bei den zugesagten zusätzlichen 12 Mrd. Euro bis 2013 wird es keine Kürzungen geben. Wir setzen damit eine klare Priorität für die Zukunft unseres Landes ...

Mit diesem größten Sparpaket in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland wird sichergestellt, dass es keine Steuererhöhungen, Abgabenerhöhungen und Rentenkürzungen zum Zwecke der Haushaltskonsolidierung gibt. Dieses Sparpaket, in dem wieder viele Punkte aus dem Liberalen Sparbuch umgesetzt werden konnten, zeichnet sich stattdessen aus durch:

- Ausgabensenkungen,
- Subventionsabbau und
- Strukturverbesserungen im Arbeitsmarktbereich.

Solide Staatsfinanzen sind eine unverzichtbare Grundlage für soziale Stabilität, für neue Arbeitsplätze und für eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung. Deshalb ist die FDP fest entschlossen, den jahrzehntelangen Marsch in die Staatsverschuldung zu stoppen ... ➤

► Nur ein finanziell gesunder Staat kann ein handlungsfähiger Staat sein. Ein handlungsfähiger Staat ist wichtig für die Schwachen und Bedürftigen dieser Gesellschaft. Aus diesem Grund ist das Sparpaket und die damit angestrebte Haushaltssanierung auch ein Gebot der Gerechtigkeit!

Die Finanzmarktkrise und nicht zuletzt der Bankenrettungsschirm sowie die Maßnahmen zur Stabilisierung des Euros haben im Bundeshaushalt Spuren hinterlassen. Der Finanzsektor muss und wird deshalb seinen Beitrag zur Konsolidierung der Haushalte leisten. Die FDP-Bundestagsfraktion hat stets klargemacht, dass auch diejenigen zur Finanzierung und Konsolidierung der Haushalte beteiligt werden müssen, die in den letzten Jahren von staatlichen Maßnahmen profitiert haben. Die Koali-

tion setzt sich daher für ein international abgestimmtes Verfahren zur Haftungs-beteiligung des Finanzsektors an der Bewältigung der Sparvorhaben ein ... Die FDP wird bei den anstehenden Beratungen zum Bundeshaushalt 2011 ihren Sparkurs fortsetzen, damit dieses Land auch morgen noch die Kraft hat, Schwachen und Bedürftigen in unserer Gesellschaft die nötige Hilfe zukommen zu lassen und unseren Kindern eine Zukunft ohne ständig steigende Verschuldung zu ermöglichen.

In der Hoffnung, manche Sorge um den Zusammenhalt unserer Gesellschaft ausgeräumt zu haben, verbleibe ich mit freundlichen Grüßen

*Prof. Dr.-Ing. Martin Neumann
Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion
für Forschungspolitik*

Aber, aber, Herr Professor, sind wir doch mal ehrlich:

»Das Sparpaket der Bundesregierung ist unsozial, ungerecht und unsolid. Es vertieft die soziale Spaltung des Landes«, erklärt Dietmar Bartsch zum heutigen (01.09.2010) Kabinettsbeschluss über das Haushaltsbegleitgesetz 2011. Der stellvertretende Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE weiter:

»Die Bundesregierung beschleunigt ihre Politik der Umverteilung von unten nach oben: Das Elterngeld für Hartz-IV-Empfänger soll gestrichen werden. Hartz-IV-Empfänger sollen künftig nicht mehr rentenversichert sein. Der befristete Zuschlag beim Übergang vom Arbeitslosengeld I in Hartz IV soll wegfallen.

Es ist bezeichnend, dass die sogenannte Kernbrennstoffsteuer, die ohnehin nur einen Bruchteil der Sondergewinne der Atomkonzerne abschöpfen würde, nicht im Gesetz steht. Vor der Dax-Apo geht

die Bundesregierung in die Knie, Sozialkürzungen werden ohne Erbarmen durchgezogen. Eine stärkere Beteiligung der wirtschaftlich Leistungsfähigen wird lediglich wortreich ange-täuscht. Die geplante Mini-Bankenabgabe schont die Verursacher der Finanzkrise und lässt keinen Zweifel daran, wer die Kosten der nächsten Krise zahlen muss – nämlich wieder die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler.«

*Wenn wir aber zu gleicher Zeit
die einen an den Bettelstab bringen
und die andern bekleiden,
so führt unser Almosen
nur zum Verbrechertum.*

*Johannes Chrysostomus
(um 350 – 407)*

Atomstrom ist Bremsklotz für erneuerbare Energien

»Energiepolitische Gutachten scheinen der Bundesregierung erst dann etwas wert zu sein, wenn sie den Interessen der Atomlobby zumindest nicht entgegenstehen. Diese Starrsinnigkeit und Inkompetenz wird das Land direkt in eine Versorgungs-krise bei Strom führen«, erklärt Dorothee Menzner zu den von der Bundesregierung vorgelegten Energieszenarien zur Laufzeit-Verlängerung der Atomkraftwerke. Die energiepolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE weiter:

»Jetzt wird plötzlich behauptet, in einer Studie eine Legitimation zum Verlängern gefunden zu haben. Der Sachverständigenrat für Umweltfragen, der die Regierung berät, hat bereits vor Monaten wesentlich exaktere Szenarien vorgelegt und warnt ausdrücklich vor einer Laufzeitverlängerung. Doch die Warnungen werden wie immer in den Wind geschlagen. Was nun kommt, ist jetzt schon klar: Der Vorrang der erneuerbaren Energien wird gekippt und Windkraft- und Solaranlagen abgeschaltet, damit es wegen des Atomstroms nicht zu Überlastungen der Netze kommt. Atomstrom ist keine Brücke in die Zukunft, sondern ein Bremsklotz für die erneuerbaren Energien.«

02.09.2010

Neues Programm »gegen Extremismus« ist Etikettenschwindel

»Das von Innenminister Thomas de Maizière heute vorgestellte Programm hat mit der Bekämpfung von Neofaschismus kaum etwas zu tun«, kritisiert die innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, Ulla Jelpke. »Es zeigt vielmehr, wie die Bundesregierung den Kampf gegen Neonazis finanziell ausdünn.« Jelpke weiter:

»Die für das Programm 'Zusammenhalt durch Teilhabe' bereitgestellten Gelder waren ursprünglich explizit zur Förderung von Projekten gegen Rechtsextremismus in den neuen Bundesländern im Haushalt eingestellt. Auf Anfrage der Fraktion DIE LINKE kam vor wenigen Wochen heraus, dass von den seit 2009 vorgesehenen sechs Millionen Euro fast nichts ausgegeben wurde. Mit der Umwidmung in ein neues Programm geht das Geld nun dem Kampf gegen Neo-

nazis verloren. Denn hinter 'Zusammenhalt durch Teilhabe' verbirgt sich mehr ein Programm zum Aufschwung Ost als eines zur Bekämpfung von Neofaschismus. Das Programm soll zur Entwicklung strukturschwacher Räume beitragen, Engagement in Bürgerinitiativen sowie Sportvereinen usw. fördern, aber auch Weiterbildungen für Mitarbeiter in kommunalen Verwaltungen finanzieren. Gegen ein zusätzliches Programm zur Förderung der neuen Bundesländer ist nichts zu sagen – aber gegen den damit verbundenen Etikettenschwindel sehr wohl. Während Opferberatungen, mobile Beraterteams und etliche Bürgerinitiativen vor Ort sehr zielgenau die rechts-extreme Problematik erkennen und dagegen angehen können, ist das neue Programm höchst unspezifisch. Dass damit Gelder, die eigentlich dem Kampf gegen

Neofaschisten zukommen sollten, ungewidmet werden, zeigt, wie unverantwortlich und gefährlich die Bundesregierung hier agiert.«

03.09.2010

+++ Termine +++ Termine +++

Wolfgang Nešković (MdB) lädt am **14.09.2010** um 18:00 Uhr in der Kreisgeschäftsstelle Cottbus zu einer Gesprächsrunde zum Thema **Verfassungsvergleich DDR – BRD** ein.

Am 18.09.2010 findet um 13:00 Uhr in Berlin (Hauptbahnhof) eine **Großdemo gegen Atomkraft** statt. Interessenten melden sich bitte bei Herrn Blüthgen, Telefon (0 35 62) 69 84 66 oder (01 70) 1 93 20 37.

Newsletter

Kopfkrank oder Rassist und die Kassen klingeln

Zu den »Gen-Theorien« von Thilo Sarrazin erklärt Petra Pau, Mitglied im Vorstand der Fraktion DIE LINKE und im Innenausschuss:

Sarrazin wird mit den Worten zitiert: »Alle Juden teilen ein bestimmtes Gen, Basken haben bestimmte Gene, die sie von anderen unterscheiden«.

Wenn Sarrazin das so gesagt hat, ist er entweder kopfkrank oder ein Rassist.

Die »Random House Deutsche Verlags-Anstalt« wiederum lässt mit Sarrazins Ungeist bei der Bertelsmann-AG die Kassen klingeln. Ein Geschäft mit Hass. 29.08.2010

Von der Leyen lädt zu Lohndumping und Abbau der Stammebelegschaften ein

»Ursula von der Leyen verfestigt mit dem Gesetzentwurf zur Leiharbeit den Zwei-Klassen-Arbeitsmarkt. Das ist eine Einladung zu Lohndumping und Abbau der Stammebelegschaften. Das Prinzip 'gleicher Lohn für gleiche Arbeit' wird von der Ministerin gesetzlich verhindert«, kritisiert Jutta Krellmann die von der Bundesarbeitsministerin angekündigten gesetzlichen Regelungen zur Leiharbeit. Die Sprecherin für Arbeit und Mitbestimmung der Fraktion DIE LINKE weiter:

»Angesichts der Zustände auf dem Arbeitsmarkt sind die Vorschläge von der Leyen reine Augenschere. Wieder einmal knickt die Bundesregierung auf Kosten der Beschäftigten vor Wirtschaftsinteressen ein. Sehenden Auges wird ein Wettlauf um die niedrigsten Löhne zugelassen. Ministerin von der Leyen will erst handeln, wenn das Kind in den Brunnen gefallen ist. Das hat mit verantwortlich handelnder Politik nichts zu tun. Will man ernsthaft verhindern, dass Leiharbeitsbeschäftigte zu Arbeitnehmern zweiter Klasse degradiert werden, muss in jedem Falle gelten: Equal Pay (gleiche Bezahlung) ab dem ersten Einsatztag und ohne Ausnahme, Begrenzung der Verleihdauer auf drei Monate und mehr Mitbestimmungsrechte für Betriebsräte. Nur so kann Leiharbeit wirkungsvoll begrenzt werden. Hierfür wird sich DIE LINKE im Bundestag weiter starkmachen.«

05.09.2010

Das ist ein typischer Prof. Un-Sinn

Der Präsident des Münchner ifo-Instituts, Hans-Werner Sinn, fordert Nutzungs-Gebühren für alle Straßen nach dem Vorbild der Autobahn-Lkw-Maut. Dazu erklärt Petra Pau, Mitglied im Vorstand der Fraktion DIE LINKE und im Innenausschuss:

Eine generelle Maut würde nur eines mit Sicherheit bewirken: Gläserne Verkehrsteilnehmer, allüberall. Das ist ein typischer Prof. Un-Sinn: Seine wirtschaftspolitischen Expertisen helfen, Armut zu mehren. Seine finanzpolitischen Empfehlungen degradierten die Demokratie. Und seine verkehrspolitischen Vorstellungen münden in einer allgemeinen Überwachung.

28.08.2010

PINNWAND

Termine

in der Geschäftsstelle Berliner Straße 22

Di., 21.09., 18:30 Uhr: **Sitzung Stadtfraktion**
 Di., 28.09., 18:30 Uhr: **Ortsvorstandssitzung**
 Mi., 29.09., 18:30 Uhr: **AG Malxe-Blatt**
 Di., 12.10., 18:30 Uhr: **Sitzung Stadtfraktion**
 Mi., 13.10., 18:30 Uhr: **AG »Soziales«**

Nachschauen

Neubundespräsident Wulff will Brücken bauen. Er sollte nur nicht vergessen, ab und zu nachzuschauen, wer darunter wohnt. OL

Geburtstage

19.09.: 81 Jahre Elfriede Koch
 25.09.: 86 Jahre Reinhard Bistrosch
 02.10.: 69 Jahre Hannelore Koske

Herzlichen Glückwunsch unseren Jubilaren, auch all jenen, die hier nicht genannt sind!



Aus Eulenspiegel Nr. 8/10

ÜBRIGENS:

Das Schaufenster unserer Geschäftsstelle, Berliner Str. 22, stellen wir gern Hobbykünstlern aus der Region zur Präsentation ihrer Werke zur Verfügung. Wer daran Interesse hat, meldet sich einfach unter 03562 7852 oder direkt im Büro.

Rechtsberatung zu Hartz IV

RA Michael Elte berät **am Sonnabend, dem 09.10.**, ab 10 Uhr in der Geschäftsstelle der LINKEN, Berliner Straße 22

Terminvereinbarung telefonisch oder persönlich
 jeweils Di. und Do. von 14 bis 17 Uhr, ☎ (03562) 69 34 34 oder 78 52.

Beratungsgebühr 10 €.

Impressum: Herausgeber: Ortsvorstand Forst DIE LINKE
 Redaktion: »AG Malxe-Blatt« beim Ortsvorstand Forst DIE LINKE
 V. i. S. d. P.: Anke Schwarzenberg

Kontaktadresse: Berliner Straße 22, 03149 Forst
 Telefon (0 35 62) 78 52, Fax 65 07
 oder im

Die Finanzierung des »Malxe-Blattes« wird durch Spenden unterstützt. Bei Überweisungen:
 Sparkasse Spree-Neiße, Kto.-Nr. 3 305 102 780, BLZ 180 500 00, Verwendungszweck: »Malxe-Blatt«

Internet: www.dielinke-lausitz.de
E-Mail: forst@dielinke-lausitz.de

Wenn Sie das »Malxe-Blatt« gelesen haben, geben Sie es bitte an Nachbarn oder Freunde weiter.